



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Solidarität mit den Beschäftigten bei Enercon, Windenergie retten

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest, dass

1. die angekündigten Massenentlassungen beim Windenergieanlagenhersteller Enercon ein Desaster für die Betroffenen und die Region sind. Der Landtag steht solidarisch an ihrer Seite;
2. die Entscheidung des Unternehmens, vor dem Hintergrund der oftmals langen Beschäftigungsbiografien der Betroffenen und der hohen Gewinne des Konzerns in der Vergangenheit, sowie des Erhalts von Fördermitteln der öffentlichen Hand sozial verantwortungslos ist;
3. Anstrengungen des Unternehmens gemeinsam mit den Beschäftigten zwingend notwendig sind, um eine Perspektive am Standort zu entwickeln;
4. der Niedergang der Windenergiebranche auch Folge falscher politischer Rahmenseetzungen auf Bundes- und Landesebene ist;
5. diese Entwicklung nicht nur eine soziale Katastrophe für die Beschäftigten und eine wirtschaftspolitische für den Standort Sachsen-Anhalt darstellt, sondern auch alle klimapolitischen Zielstellungen der Bundes- und Landesregierung zur Bewältigung der Klimakrise untergräbt. Dieser Prozess muss gestoppt und umgekehrt werden.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. diesen neuerlichen Vorgang des Abbaus von Arbeitsplätzen nach der Inanspruchnahme von Wirtschaftsförderung zum Anlass zu nehmen, die Ausreichung von Fördermitteln deutlich effektiver an den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung im Land Sachsen-Anhalt zu knüpfen;

(Ausgegeben am 13.11.2019)

2. den Niedergang der Windindustrie als industrie- und klimapolitische Katastrophe zu verhindern und eine Kehrtwende einzuleiten.

Dazu ist es notwendig, in Anlehnung an den 10-Punkte-Plan der Branchen- und Umweltverbände für den Ausbau der Windenergie¹ ein Maßnahmenpaket zu entwickeln, um sowohl landes- als auch bundespolitisch die Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Onshore-Energieanlagen zu gewährleisten.

Begründung

Der Windenergieanlagenhersteller Enercon hatte am Freitag, den 08.11.2019 einen massiven Stellenabbau im Unternehmen verkündet. Betroffen soll davon der Standort Magdeburg mit bis zu 1.500 Stellen sein. Für die betroffenen Beschäftigten und die Region ist dies eine soziale und wirtschaftliche Katastrophe.

Neben der beschäftigungspolitischen Bedeutung des Unternehmens ist die Windenergiebranche insgesamt elementar für die Erreichung der Klimaziele Deutschlands. Allerdings gerät der Ausbau der Windenergie im Vorreiterland Sachsen-Anhalt aufgrund falscher politischer Entscheidungen und Weichenstellungen ins Stocken. Änderungen beim Erneuerbaren-Energien-Gesetz, zunehmende Skepsis gegenüber Windenergieanlagen (WEA), zu wenig Vorrangflächen, lange Genehmigungsverfahren und dadurch auch zunehmende Investitionszurückhaltung sind u. a. Gründe dafür.

Um das Erreichen der Klimaziele nicht zu gefährden, ist eine Abkehr von der jetzigen Politik notwendig.

Im Vorfeld des Windgipfels der Bundesregierung hatten dazu Branchen- und Umweltverbände einen 10-Punkte-Plan für den Ausbau der Windenergie veröffentlicht. In diesem fordern sie u. a. eine Bund-Länder-Strategie zur Ausweisung von Flächen für die Windenergienutzung, bessere Möglichkeiten für Repowering, keine pauschalen Abstandsregelungen einzuführen, naturschutzrechtliche Vorgaben zu standardisieren, einen Online-Artenschutz einzurichten sowie betroffene Kommunen finanziell zu beteiligen und Servicestellen auf Landesebene einzurichten.

Auch das Land Sachsen-Anhalt sollte diese Anregungen nutzen, um eine Strategie und ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der Windenergie zu entwickeln und sich gleichzeitig auf Bundesebene für entsprechende Maßnahmen einzusetzen.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender

¹ BDEW, BWE, VDMA, VKU, WWF, Greenpeace, Germanwatch e. V., DUH